
Presseinformation Nr. 1140

9. Dezember 2011

BERNSCHNEIDER / BRACHT-BENDT: Gesellschaftlicher Zusammenhalt lässt sich nicht erzwingen

BERLIN. Zur Forderung des Philosophen Richard David Precht nach einem sozialen Pflichtjahr für Rentner erklären das Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement und Berichterstatter der FDP-Bundestagsfraktion für die Freiwilligendienste Florian BERNSCHNEIDER und die Seniorenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Nicole BRACHT-BENDT:

Die Forderung von Richard David Precht ist ein polemischer Reflex auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Es ist zwar richtig, dass aufgrund immer höherer Lebenserwartungen neue Betätigungsfelder für Senioren gefunden werden müssen. Mit seiner pauschalen Rentnerschelte verkennt er aber die Tatsache, dass bereits heute jeder dritte Rentner ehrenamtlich engagiert ist. Ein soziales Pflichtjahr schafft für Rentner genau das, was wir mit der Abschaffung des Zivildienstes endlich beendet haben: Nämlich einen Zwangsdienst, der in die persönliche Freiheit und Selbstbestimmung eingreift. Ein sozialer Pflichtdienst wäre in keinsten Weise mit unserem Grundgesetz vereinbar – etwas Vergleichbares gibt es derzeit nur unter der Militärdiktatur in Birma.

Richard David Precht sollte sich fragen, wie derartige Forderungen in Übereinstimmung mit der von ihm propagierten „Neuen Bürgergesellschaft“ stehen können. Das liberale Bild der Bürgergesellschaft jedenfalls basiert auf Freiheit und Freiwilligkeit beim Engagement und nicht auf Zwang und Bevormundung. Gesellschaftlicher Zusammenhalt lässt sich nicht erzwingen. Für Bürgerschaftliches Engagement braucht es Herzlichkeit und die Überzeugung, das Richtige für sich und die Mitmenschen zu tun.

Außerdem sollte Richard David Precht erklären, wo er die derzeit rund 17 Millionen Rentner überhaupt einsetzen will, denn auch das Interesse junger Menschen an einem ehrenamtlichen Engagement ist ungebrochen groß.

Verantwortlich:
Beatrix Brodkorb

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de